

Stellungnahme von offensiv'91 e.V. zur Kürzung der Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle für Treptow-Köpenick 2026

Berlin, 10.09.2025

Der Betrieb einer qualifizierten Schuldner- und Insolvenzberatung ist in Deutschland eine Pflichtleistung der kommunalen Daseinsvorsorge. Für den Berliner Bezirk Treptow-Köpenick wird diese Aufgabe seit 1992 in hoher Qualität vom Träger *offensiv'91 e.V.* umgesetzt.

Wie viele Träger stehen auch wir aktuell vor erheblichen Herausforderungen. Gesetzliche Veränderungen auf europäischer und nationaler Ebene sowie die angekündigte Kürzung für die bereits jetzt überforderte Beratungsstelle verschärfen die Lage. Mit den für 2026 zur Verfügung gestellten Ressourcen muss die Beratungsstelle ihre personellen Kapazitäten weiter einschränken. Das bedeutet lange Wartezeiten auf einen Termin und steigende Belastung des Personals.

Obwohl die bundesweite Überschuldungsquote im Jahr 2024 leicht zurückgegangen ist, zeigt sich in Berlin ein gegenteiliger Trend: Die Quote ist von 10,04 % auf 10,16 % gestiegen (Creditreform SchuldnerAtlas 2024). In Treptow-Köpenick betrifft dies rund 25.000 Menschen. Bürgerinnen und Bürger, die dringend auf konkrete Hilfe angewiesen sind.

Die bevorstehende Umsetzung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie (2023/2225) in nationales Recht, insbesondere die Einführung des neuen § 497a BGB, wird die Nachfrage nach Schuldnerberatung weiter steigern. Kreditgeber werden künftig verpflichtet, Kund:innen bei Zahlungsschwierigkeiten an leicht zugängliche Schuldnerberatungsdienste zu verweisen. Diese gesetzliche Vorgabe umfasst nicht nur Konsumentenkredite, sondern ausdrücklich auch Dispositions- und Immobilienkredite.

Die Konsequenz ist eindeutig: Alle Beratungsstellen in Berlin stehen vor einem sprunghaften Anstieg an Ratsuchenden, die schnelle und qualifizierte Beratung benötigen. Besonders bei drohendem Wohnraumverlust durch Kündigung von Immobilienkrediten ist schnelle und qualifizierte Beratung notwendig. Diese Klientel kann nicht zwei Monate auf einen Termin warten. Die Schuldner- und Insolvenzberatung benötigt deutlich erweiterte Kapazitäten, um hier wirksam und präventiv helfen zu können.

Mit der angekündigten Kürzung der Beratungsstelle für das Jahr 2026 von mehr als 10% sind zeitnahe und qualitativ hochwertige Beratungen in Treptow-Köpenick nicht mehr gesichert. Längere Wartezeiten führen zu wachsender Unzufriedenheit und treiben Ratsuchende vermehrt in die Hände gewerblicher Schuldenregulierer. Auch die Mitarbeitenden geraten durch gestiegene Anforderungen zunehmend an ihre Belastungsgrenzen – mit negativen Folgen für die Gesundheit und die Qualität der Arbeit.

Statt Kürzungen brauchen wir eine strukturelle Stärkung und Neuausrichtung der Finanzierung. Mit dem planerischen Vorgehen des Landes Berlin zur Finanzierung der

Beratungsstelle wird der gesetzlich festgelegte Rechtsanspruch auf eine qualifizierte Schuldner- und Insolvenzberatung Schritt für Schritt ausgehöhlt!

Wir fordern daher:

1. **Eine auskömmliche, verlässliche und dynamisch anpassbare Finanzierung der Schuldnerberatung**, die den wachsenden gesetzlichen Anforderungen und dem steigenden Beratungsbedarf auch tatsächlich gerecht wird.
2. **Eine stärkere Einbindung der Kreditwirtschaft in die Finanzierung**, wenn diese gesetzlich verpflichtet wird, Ratsuchende an uns zu verweisen.
3. **Eine Initiative zur Qualitäts- und Strukturentwicklung** der Beratungslandschaft, um Beratungskapazitäten gezielt auszubauen und Fachkräfte zu sichern.

Wir appellieren eindringlich an die politischen Entscheidungsträger: Ignorieren Sie die drohende Überlastung unseres Systems nicht länger. Schuldnerberatung ist Daseinsvorsorge. Wer hier spart, zahlt an anderer Stelle – sozial, wirtschaftlich und menschlich – den vielfachen Preis.



Thomas Villmow
Geschäftsführer